

Carmen Ludwig

Die sozialen Kämpfe in Südafrika verbinden? Gewerkschaften und soziale Bewegungen im Bündnis gegen prekäre Beschäftigung und die Kommodifizierung öffentlicher Güter

Südafrika steht 18 Jahre nach dem Ende der Apartheid vor einer Welle von Klassenkonflikten, denn sowohl die sogenannten *Service Delivery Protests* in den Townships als auch die gewerkschaftlichen Kämpfe haben in den letzten Jahren signifikant zugenommen. Während *Social Movement Unionism* ein Kennzeichen der südafrikanischen Gewerkschaften im Kampf gegen die Apartheid war, findet die Verbindung der Proteste im heutigen Südafrika hingegen nur vereinzelt statt. Basierend auf sieben Interviews und drei Gruppendiskussionen mit Gewerkschaftsvertreter_innen der *South African Municipal Workers' Union* (SAMWU) und kommunalen Beschäftigten wird in diesem Beitrag der Frage nach Bedeutung, Chancen und Schwierigkeiten einer Kooperation von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen und damit der Verbindung der sozialen Kämpfe in Südafrika nachgegangen. Ausgehend von bisherigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen gegen Privatisierungspolitiken im Post-Apartheid Südafrika, wird die jüngste Initiative von SAMWU zur Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen untersucht. In Kapstadt erarbeiten Gewerkschaft und soziale Bewegungen einen gemeinsamen Gegenentwurf zum Stadtentwicklungsprogramm sowie Vorstellungen eines guten öffentlichen Diensts, die sich primär an den Bedürfnissen der Bewohner_innen in den armen Communities orientieren. Ein zentrales Motiv für die Intensivierung der Zusammenarbeit von SAMWU mit den sozialen Bewegungen, stellt der Kampf gegen die voranschreitende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen im kommunalen Sektor dar, die die gewerkschaftliche Organisationsmacht schwächt. Auch wenn SAMWU durch die Bündnispolitik insbesondere an symbolischer Macht gewinnen kann, bleibt der Prozess der Zusammenarbeit voraussetzungsvoll und bedarf angesichts diverser Spaltungslinien intensiver Anstrengung sowohl der Gewerkschaften als auch der sozialen Bewegungen.

Soziale Kämpfe in Südafrika

Das Jahr 2010 markiert mit 74 Streiks und mehr als 20 Millionen Streiktagen den Höhepunkte in der Geschichte Südafrikas (vgl. DoL 2011: viii). Nach einem deutlichen Rückgang der Streiks 2011 ist 2012 angesichts einer Vielzahl von langen wilden Streiks insbesondere im Bergbausektor erneut mit einem deutlichen Anstieg in Südafrikas Streikstatistik zu rechnen. Dies steht im engen Zusammenhang mit den schockierenden Ereignissen in der Platin-Mine in Marikana, wo am 16. August 2012 bei einem wilden Streik gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen 34 Bergleute von der Polizei erschossen wurden. Der wilde Streik sowohl gegen den Minenbetreiber Lomnin als auch gegen die Mehrheitsgewerkschaft *National Union of Mineworkers* hat nach nahezu sechs Wochen zu einer deutlichen Lohnerhöhung geführt und damit eine Reihe weiterer wilder Streiks auch in anderen Sektoren ausgelöst (vgl. Alexander et al. 2012).

Parallel zur Zunahme an Streiks haben von 2009 bis 2012 ebenfalls die sozialen Proteste, zugenommen. Die oftmals spontan verlaufenden *Service Delivery Protests* in den armen Communities¹ richten sich insbesondere gegen die unzureichende Versorgung mit Wohnraum, sanitären Anlagen, Strom und Wasser (vgl. Ambacher/Kahn 2010: 12). Die Arbeitslosigkeit in der südafrikanischen Gesellschaft beträgt circa 37 Prozent, in den marginalisierten Communities und Townships liegt sie deutlich darüber.² Das hohe Maß an sozialer Ungleichheit in Südafrika hat die Proteste seit 2009 um 40 Prozent auf durchschnittlich fast drei Ereignisse pro Tag ansteigen lassen, was als Ausdruck einer „Rebellion der Armen“ (Alexander 2012) und einer „Klassenapartheid“ (Bond 2011) diskutiert wird. Dass diese gesellschaftliche Spaltung weiterhin meist entlang der Hautfarbe verläuft, ist darauf zurückzuführen, dass die politische Transformation ohne einen einschneidenden Umbau der sozialen und ökonomischen Ordnung vollzogen wurde und die extrem ungleichen Besitzverhältnisse folglich unangetastet blieben (vgl. Ambacher/Khan 2010: 9). Die Probleme der Armen werden überwiegend von den seit 1998 aufgekommenen neuen sozialen Bewegungen zur Sprache gebracht, die sich in den Communities gegen die Kommodifizierung von Gemeingütern engagieren und dabei Verteilungsfragen mit Forderungen nach demokratischer

1 Der in Südafrika vielfach verwendete und schwer ins Deutsche zu übersetzende Begriff *Community* bezieht sich auf den gemeinschaftlichen Teil von Tönnies' Unterscheidung von Gesellschaft und Gemeinschaft. Er beinhaltet sowohl die Betonung des Lokalen als auch den Prozess der Vergemeinschaftung.

2 Die Arbeitslosigkeit wird in Südafrika in zwei verschiedenen Quoten angegeben. Die engere Definition erfasst die Personen, die in den vergangenen 14 Tagen aktiv nach Arbeit gesucht haben. Die weitere Definition schließt alle Arbeitssuchenden ein; dies entspricht den angegebenen 37 Prozent (vgl. Statistics South Africa 2012: 11).

Beteiligung verbinden (vgl. Ambacher/Kahn 2010, Haug 2008, Ballard et al. 2006, Desai 2002).

Ein Merkmal der gegenwärtigen Entwicklung in Südafrika ist, dass die Streiks in der Sphäre der Produktion und die sozialen Kämpfe in der Sphäre der Reproduktion bislang weitgehend unabhängig voneinander verlaufen. Das ist vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass die südafrikanischen Gewerkschaften im Kampf gegen die Apartheid als Musterbeispiel für *Social Movement Unionism* (Webster 1988, Brinkmann et al. 2008: 59) galten, denen es gelang, gewerkschaftliche Kämpfe mit denen in den Communities zu verbinden. Gerade diese Verbindung ist in der Post-Apartheidszeit jedoch weitgehend verloren gegangen, was insbesondere in der starken Orientierung des größten Gewerkschaftsdachverbands *Congress of South African Trade Unions* (COSATU) auf die so genannte Dreierallianz begründet liegt. Durch diese Allianz mit dem *African National Congress* (ANC) und der *South African Communist Party* (SACP) konnte sich COSATU nach 1994 zwar einerseits politischen Einfluss sichern, die Eingebundenheit COSATUs in das Regierungsbündnis trägt jedoch andererseits zu dessen Unvermögen bei, eine gemeinsame Basis mit den neuen sozialen Bewegungen zu finden (vgl. Buhlungu 2010: 97).

Die *South African Municipal Workers' Union* im Kampf gegen Privatisierung

Im südafrikanischen Kontext wurde mit *Social Movement Unionism* eine gewerkschaftliche Orientierung bezeichnet, die sich von traditionellen Gewerkschaftsbewegungen dahingehend unterscheidet, „dass sie Arbeit als soziale und politische Kraft ansieht und nicht als eine Ware, über die es zu verhandeln gilt. In der Konsequenz reichen ihre Anliegen über den Arbeitsplatz hinaus und integrieren die Sphäre der Reproduktion“ (Webster 1988: 194f). *Social Movement Unionism* zeichnete sich während der Apartheid insbesondere dadurch aus, dass die Verbindung von 'Brot-und-Butter-Fragen' und der Aufbau gewerkschaftlicher Organisationsmacht mit den politischen Kämpfen für ein demokratisches Südafrika gelang. Dadurch wurden die „beiden Gesichter“ (Webster 1988: 195, vgl. Hyman 2001: 61) von Gewerkschaften als ökonomische Interessenvertretung und als gesellschaftspolitischer Akteur vereint.

Auch Franco Barchisie zufolge zeichnen sich bewegungsorientierte Gewerkschaften dadurch aus, dass sie Forderungen am Arbeitsplatz mit Ansprüchen nach einem politischen Wandel und Demokratisierung verbinden und folglich „mit zivilgesellschaftlichen Organisationen eher auf der Basis von Strategie und Grundsätzen als auf der Grundlage von Taktik und Kontingenzen“ kooperieren

(vgl. Barchisie 2007: 52). In einem späteren Beitrag warnen Barchisie und Kenny (2008) jedoch auch vor einer zu empathischen Verwendung des Begriffs des *Social Movement Unionism* und zeigen auf, dass bereits während der Apartheid *Social Movement Unionism* auf einer instabilen und kontingenten lokalen Zusammenarbeit zwischen Arbeiterbewegung und Communities beruhte. Diese Zusammenarbeit war nicht zuletzt durch die Erfahrung einer wachsenden Prekarität und sozialen Verletzlichkeit der Lohnarbeit geprägt, welche eine zentrale Motivation für die Beteiligung der Arbeiter_innen an Kämpfen in den Communities bereitstellte.

In der Tradition des *Social Movement Unionism* steht auch die 1987 gegründete Gewerkschaft der kommunal Beschäftigten *South African Municipal Workers' Union* (SAMWU), die Mitglied in COSATU ist. SAMWU ist mit über 160.000 Mitgliedern die größte Gewerkschaft für kommunal Beschäftigte in Südafrika und verfügt über einen Organisationsgrad von 54,6 Prozent (vgl. SAMWU 2012: 18). Als Gewerkschaft, die alle direkt oder indirekt im kommunalen Sektor Beschäftigten organisiert, weist SAMWU inhaltlich viele Gemeinsamkeiten mit den sozialen Bewegungen auf. Das ergibt sich auch aus der spezifischen Rolle von kommunalen Beschäftigten, deren Tätigkeit auszeichnet, dass sie die Schnittstelle zwischen Produzent_innen und Nutzer_innen öffentlicher Dienstleistungen bilden (vgl. Lier/Stokke 2006: 811).

In den 1990er Jahren verzeichnete SAMWU, trotz massiver Repression des Apartheidregimes gegenüber den kommunal Beschäftigten, ein drastisches Mitgliederwachstum, das mit einer deutlichen Zunahme an Militanz der einfachen Mitglieder einherging (vgl. Barchisie 2007: 50). Gegen den bereits in den späten 1980er Jahren von der Apartheidregierung eingeleiteten Prozess der Privatisierung öffentlicher Güter setzte sich SAMWU zur Wehr, um zu verhindern, dass „Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Transport etc. für große Teile der unterdrückten und ausgebeuteten Massen nicht länger bezahlbar sein werden“ (SAMWU 1989).

In der Transformationsphase sowie nach dem Ende der Apartheid verfolgte SAMWU die Strategie, Privatisierungspolitiken zu stoppen und zugleich zur notwendigen Neugestaltung des öffentlichen Dienstes beizutragen, der sich an der Verwirklichung der in der neuen südafrikanischen Verfassung garantierten sozialen Rechte orientieren sollte (vgl. Wainwright 2012: 78). Die Privatisierungspolitik wurde jedoch vom ANC nach 1996 als Bestandteil des als „nicht-verhandelbar“ (Webster et al. 2008: 166) deklarierten makroökonomischen Programms *Growth, Employment and Redistribution* (GEAR) fortgesetzt.³ Mit

3 Unter Rückgriff auf Hentz wird Privatisierung hier als Prozess der Deregulierung und Kommerzialisierung öffentlicher Einrichtungen und Güter weitgefasst und nicht ausschließlich auf die Übertragung von öffentlicher in private Eigentümerschaft bezogen

GEAR vollzog der ANC gegen den Widerstand der Gewerkschaften den Schwenk von einer umverteilungs- zur wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik. Dementsprechend werden dem Markt eine größere Rolle bei der Erbringung der sozialen Grundversorgung mit Strom, Wasser und Wohnraum eingeräumt und die Kommunen unter Druck gesetzt, für eine Kostendeckung der öffentlichen Leistungen zu sorgen (vgl. Xali 2002). Dieser Kurswechsel bedeutete nicht zuletzt eine faktische Abkehr des ANC von der 1955 verabschiedeten Freiheitscharta, einem der zentralen Dokumente der Anti-Apartheidbewegung, das neben der Forderung nach einem demokratischen Südafrika auch öffentliche Eigentümerschaft und soziale Grundrechte betont (vgl. Barchisie 2007: 55).

Während Job- und Mitgliederverluste viele Gewerkschaften im privaten Sektor in die Defensive brachten, entschied SAMWU sich für einen kämpferisch-oppositionellen Kurs gegen die neoliberale Umstrukturierung der Kommunen (vgl. ebd.: 51f). Im Zuge dieser Auseinandersetzungen und zunächst mit maßgeblicher Unterstützung von SAMWU entstanden in Johannesburg und Kapstadt Anti-Privatisierungsforen, die sich vor allem aus den neuen sozialen Bewegungen und politischen Organisationen speisten. Diese waren meist lokal verortet und operierten in den Communities. Sie setzen sich insbesondere gegen das Abklemmen von Wasser und Elektrizität in armen Haushalten sowie gegen Zwangsräumungen zur Wehr und machten damit die Effekte einer neoliberalen Privatisierungspolitik zum Gegenstand kollektiver Auseinandersetzungen. Auch wenn SAMWU sich mit Kampagnen, Streiks und Protesten weiterhin klar gegen Privatisierung positionierte, so bröckelte der gewerkschaftliche Widerstand im Verlauf der Auseinandersetzung.

Barchisie diagnostiziert, dass SAMWUs Opposition gegen die Privatisierungspolitik in Johannesburg Spaltungen und Widersprüche in der gewerkschaftlichen Strategie offenbare. So schwankte SAMWU zwischen der Aufrechterhaltung einer fundamentalen Opposition gegen Privatisierung und Verhandlungen im Interesse der Mitglieder, um Jobverluste zu vermeiden (vgl. Barchisie 2007: 63). Lier und Stokke (2006) argumentieren, dass *Social Movement Unionism*, erfolgreich im Kampf gegen die Apartheid, in einer politischen Allianz wie der von COSATU und dem ANC deutlichen Beschränkungen unterläge, durch welche die Gewerkschaften nicht länger eine ausschließlich oppositionelle Rolle einnehmen können. Ähnlich bilanziert ein ehemaliges SAMWU Vorstandsmitglied:

(vgl. Hentz: 2000: 204). So sah bspw. der 1999 beschlossene Restrukturierungsplan für die Stadt Johannesburg „iGoli 2002“ keine Vollprivatisierung, sondern die Ausgliederung kommunaler Dienstleistungen wie Wasser, Elektrizität, Müllmanagement in autonome Wirtschaftseinheiten vor, die kostendeckend arbeiten sollten (vgl. Barchisie 2007).

„Der Kampf wurde nicht draußen verloren, sondern drinnen. [...] Auch wenn wir eine Resolution hatten, die Umsetzung wurde zum Problem.“ [1]⁴

Neben politischen Differenzen im Verhältnis zur Regierungspartei seitens der sozialen Bewegungen und SAMWU erschwerten auch strukturelle Faktoren wie die unterschiedliche Zusammensetzung, Organisationsformen und Arbeitsweisen von Bewegungen und Gewerkschaften eine anhaltende Kooperation (vgl. Xali 2006). Während SAMWU über eine feste Organisationsstruktur verfügt, die auf formalisierten innergewerkschaftlichen Entscheidungsverfahren beruht, fokussieren die community-basierten Bewegungen eher auf Kampagnen und direkte Aktionen (vgl. ebd.: 133).

Der Kampf von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen konnte den Privatisierungsprozess abschwächen, aber nicht aufhalten. Die Erfahrungen mit der Zusammenarbeit von SAMWU und den Anti-Privatisierungsforum zu Beginn der 2000er Jahre zeigen, dass sich die gewerkschaftliche Tradition von einer Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen nicht bruchlos in der Post-Apartheidzeit hat fortsetzen lassen.

Ein gemeinsamer Blick vom Ende der Klassenpyramide?

Sowohl die Communities als auch die Gewerkschaften kämpfen mit den negativen Effekten der Privatisierungspolitik. Diese hat zum einen das Terrain für gewerkschaftliche Organisierung im kommunalen Dienst deutlich erschwert. Webster et al. gehen von einer Spaltung des südafrikanischen Arbeitsmarkts in drei annähernd gleich große Segmente aus: „[Ein] Kern vergleichsweise geschützter Beschäftigter, eine Zone von ungeschützten befristeten und Teilzeitbeschäftigten sowie eine Peripherie von informell Arbeitenden und Arbeitslosen.“ (Webster et al. 2008: 167) Diese gesamtgesellschaftliche Entwicklung, die zu einem neuen Kontrollsystem der Arbeit (vgl. Theron 2005) sowie Spaltungs- und Entsolidarisierungsprozessen führen (vgl. Buhlungu 2010: 96), hat auch die Kommunen erfasst. Die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen wird zunehmend über unsichere Beschäftigungsverhältnisse realisiert. SAMWU hat als Ergebnis mit einer Zunahme von Prekarisierung zu kämpfen, die zu dem paradoxen Ergebnis führt, dass die Organisationsmacht der Gewerkschaft trotz steigender Mitgliederzahlen untergraben wird.

Zum anderen bedeutet die marktförmige Ausgestaltung sozialer Dienstleistungen insbesondere für die marginalisierte, mehrheitlich schwarze Bevölkerung

4 Zahlen in eckigen Klammern beziehen sich auf die am Ende angeführten Interviews.

in den Townships eine mangelhafte Grundversorgung insbesondere mit Wohnraum, sanitären Anlagen, Wasser und Strom. Damit geht die Durchsetzung des auf der Marktlogik basierenden Bezahlsystems einher, die angesichts drastisch steigender Preise zur weiteren Verarmung beiträgt. In Kapstadt ist insbesondere die Wohnungsnot groß, denn es fehlen circa 450.000 Häuser und jedes Jahr steigt der Bedarf um circa 20.000 Häuser an. [2] Den Protesten oder den aus der Wohnungsnot resultierenden Landbesetzungen begegnet die Regierung in Kapstadt primär mit repressiven Mitteln (vgl. Ludwig 2011).

Das Ergebnis ist folglich eine parallel verlaufenden Zunahme von Unsicherheit am Arbeitsplatz und in den Haushalten, die nach Webster et al. das Potenzial beinhaltet, die „Organisierung und Mobilisierung am Arbeitsplatz *und* in den Communities“ (Webster et al. 2008: 108) zu verbinden.

Ungefähr zehn Jahre nach der gemeinsam geführten Auseinandersetzung von SAMWU und dem Anti-Privatisierungsforum in Kapstadt wird dort nun erneut ein Versuch zur Verbindung der gewerkschaftlichen und sozialen Kämpfe unternommen. Gemeinsames Ziel von SAMWU und Communities ist es, „Arbeiter und Communities zusammenzubringen“ und die „Diskussion zwischen Arbeitern, Prekären und Arbeitslosen zu initiieren“⁵, deren Ergebnis ein basisdemokratisch erarbeiteter und am Bedarf der marginalisierten Communities orientierter Gegenentwurf zum offiziellen Stadtentwicklungsplan sein soll. Im Entwicklungsplan der Stadt werden die politischen und finanziellen Schwerpunktsetzungen der Kommunen auf fünf Jahre festgelegt und damit wird auch über grundlegende Verteilungsfragen in den Kommunen entschieden (vgl. City of Cape Town 2012). Für SAMWU aus Arbeitnehmersicht sowie für die sozialen Bewegungen und Communities aus der Perspektive der Nutzer_innen bestehen gemeinsame politische Interessen insbesondere bezüglich einer qualitativ

5 Äußerungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Workshops vom 29.-31. Oktober und vom 13.-15. November 2012. Alle nachfolgenden nicht gekennzeichneten Zitate beruhen ebenfalls auf Beiträgen in den Workshops. An den Workshops waren neben der NGO *International Labour Research and Information Group* (ILRIG) ungefähr zu gleichen Teilen *Shop Stewards* von SAMWU und Aktivist_innen sozialer Bewegungen aus den marginalisierten Communities beteiligt. Letztere sind derzeit im Prozess, sich in Kapstadt in einem Forum, der *Housing Assembly*, zusammenzuschließen und zu vernetzen. *Shop Stewards* nehmen im Betrieb eine vergleichbare Funktion wie Betriebsräte wahr, zu deren Aufgaben die Vermittlung zwischen Mitgliedern, Gewerkschaften und Management, Mitgliedergewinnung, und Verhandlungen mit dem Management gehören. Sie werden jedoch nur von den Gewerkschaftsmitgliedern im Betrieb gewählt und als legitimer Repräsentant der Gewerkschaften vom Management anerkannt.

guten öffentlichen Grundversorgung sowie der Bekämpfung von Korruption und Missmanagement.⁶

Der Entwicklungsplan mache hingegen deutlich, dass sich die Stadtregierung primär an der Wirtschaft und der reichen, mehrheitlich weißen Elite orientiert. Beschäftigte und Bewohner_innen der marginalisierten Communities sehen sich als Teil des „unteren Endes der Klassenpyramide“. Wem gehört die Stadt? Dies ist eine der zentralen Verteilungsfragen, die hinter den Diskussionen zum Stadtentwicklungsplan und den gemeinsamen Bestrebungen von Gewerkschaft und sozialen Bewegungen steht, die „Klassenpyramide auf den Kopf zu stellen“.

Die *Shop Stewards* sehen sich als Teil der Communities, da viele von ihnen selbst in den Townships leben. Sie empfinden es als belastend und gefährlich, wenn sie in die Communities geschickt werden, um zum Beispiel Wasser und Strom abzustellen. Für die kommunal Beschäftigten stellen sich dabei zudem grundlegende Gerechtigkeitsfragen: „Da gibt es Unternehmen, die fünf Millionen Schulden haben [...] Es ist nicht zu verstehen, dass [die Stadt] eine Person jagt, die nicht einmal ein Einkommen hat, aber bei der Person, die das Unternehmen hat, da ist es in Ordnung.“ [3]

Die dominierende Antwort auf die Frage nach der Bedeutung einer Zusammenarbeit mit den Communities aus der Perspektive der Beschäftigten ist jedoch die drastische Zunahme an prekären Beschäftigungsverhältnissen in den Kommunen und die Notwendigkeit, diese zu bekämpfen.

So schafft die von der *Democratic Alliance* geführte Stadtregierung in Kapstadt Vakanzen im kommunalen Sektor, die durch Leiharbeit und öffentliche Beschäftigungsprogramme gefüllt werden, was es ihr ermöglicht, Arbeitskosten zu sparen und langfristige Bindungen zu vermeiden.⁷ Zwar ist es SAMWU mit Kampagnen und Streiks in 2008 und 2010 gelungen, Leiharbeit in Kapstadt zurückdrängen. Was dadurch an Terrain von der Gewerkschaft zurückgewonnen werden konnte, wurde jedoch durch die Ausweitung des öffentlichen Beschäftigungsprogramms *Extended Public Works Programme* (EPWP) konterkariert.⁸ Die Regierung in Kapstadt hat das auf nationaler Ebene initiierte Beschäftigungsprogramm aufgegriffen,

6 So wiesen laut Rechnungsprüfung in 2011/12 nur acht Prozent aller öffentlichen Einrichtungen auf nationaler Ebene und nur fünf Prozent aller südafrikanischen Kommunen eine korrekte Buchführung auf.

7 Die wirtschaftsliberale *Democratic Alliance* ist im Nationalparlament die größte Oppositionspartei, sie stellt die Regierung in der Provinz Westkap und in Kapstadt.

8 Mit dem im März 2004 auf nationaler Ebene eingerichteten Programm hat die ANC-geführte Regierung unter dem Präsidenten Thabo Mbeki bis 2009 Arbeitsgelegenheiten für mehr als eine Million Menschen geschaffen. Die Regierung startete 2009 eine Zweitauflage bei gleichzeitig weitgehender Aufgabe des noch mit dem ersten Programm verbundenen Qualifizierungsanspruchs für Arbeitslose. Als Ziel wurde formuliert, eine

mit dem Arbeitsgelegenheiten mit einer durchschnittlichen Beschäftigungsdauer von 100 Tagen für Arbeitslose aus marginalisierten Communities bereit gestellt werden sollen. Die Regierungen stellen dies als Erfolg bei der Schaffung von Arbeitsplätzen dar, denn sie zählen die Arbeitsgelegenheiten nach Köpfen. [4]

In einigen Depots in der Müllentsorgung und bei der Straßenreinigung in Kapstadt kommen dadurch auf circa 90 unbefristet Beschäftigte bereits 300 EPWP-Arbeiter_innen, denen die Stadt 60 bis 100 Rand (ca. 5,30 bis 8,80 Euro) pro Tag bezahlt. Demgegenüber beträgt der Lohn eines/einer regulär Beschäftigten zwischen 250 bis 300 Rand (22,10 bis 26,50 Euro) pro Tag, außerdem gibt es zusätzliche Sozialleistungen. Die Stelle eines/einer regulär Beschäftigten kann folglich durch vier bis fünf EPWP-Arbeiter_innen ersetzt werden. [4] Deren Arbeitsbedingungen sind zudem schlechter als die der regulär Beschäftigten, denn sie verrichten „die unangenehmsten Jobs“ ohne Schutzbekleidung. [5]

Die Fragmentierung der Beschäftigungsverhältnisse verschärft Spaltungs- und Entsolidarisierungsprozesse, denn angesichts der hohen Arbeitslosenrate ist der Druck groß, jede Arbeitsgelegenheit anzunehmen. „Es stellt Community gegen Community und auch Communities gegen die Gewerkschaften, die dafür kämpfen, diese Form der Jobs loszuwerden.“ [3] Das EPWP untergräbt zudem die Organisationsmacht der Gewerkschaft, denn unter anderem aufgrund der Kürze der Verträge sind die EPWP-Arbeiter_innen für eine gewerkschaftliche Organisation kaum zu erreichen. Für die Gewerkschaft stellt sich somit ein drängender Vermittlungsbedarf der eigenen Position in die marginalisierten Communities, aus denen die EPWP-Arbeiter_innen stammen.

Erste Ergebnisse, die aus der Zusammenarbeit mit den in den Communities operierenden sozialen Bewegungen zum Stadtentwicklungsplan resultieren, machen deutlich, dass die Communities insbesondere in der Auseinandersetzung um das EPWP eine für SAMWU zusätzliche wichtige Ressource darstellen. In gemeinsamen Erklärungen wenden sich Gewerkschaft und soziale Bewegungen gegen das öffentliche Beschäftigungsprogramm, was der gewerkschaftlichen Forderung gegenüber der Stadt Legitimität und Nachdruck verleiht: „Die in den Communities angesiedelte Beschäftigung ist keine Lösung, [sondern] der neueste von der Stadt unternommene Versuch, die Armen auszubeuten.“ (SAMWU/Housing Assembly 2012)

Zudem ist es SAMWU in Kapstadt gelungen, eine Selbstorganisation der EPWP-Arbeiter_innen zu unterstützen und mit circa 800 Betroffenen das Regierungszentrum im Juni 2012 für eine Woche in einem wilden Streik lahmzu-

Steigerung von 500.000 Arbeitsgelegenheiten in 2009 auf insgesamt 4,5 Millionen in 2014 zu erreichen (vgl. Department of Public Works 2012).

legen. Gewerkschaft und prekär Beschäftigte streiten für eine Umwandlung der Arbeitsgelegenheiten in reguläre Beschäftigungsverhältnisse, die mit Arbeitslosen aus den marginalisierten Communities besetzt werden sollen. Zusammen mit den sozialen Bewegungen aus den Communities mobilisierte SAMWU am 5. Juli 2012 zu einer Demonstration gegen fehlende öffentliche Dienstleistungen und das öffentliche Beschäftigungsprogramm vor dem Kapstädter Regierungsgebäude, um ein entsprechendes Memorandum an die Stadt zu überreichen (vgl. SAMWU/Housing Assembly 2012a).

Trotz vorhandener gemeinsamer Interessenlagen zwischen kommunal Beschäftigten und sozialen Bewegungen stellt die unterschiedliche Einkommens- und Lebenssituation von Gewerkschaftsmitgliedern und Arbeitslosen in den Communities eine Herausforderung für die Zusammenarbeit dar. Für die Arbeitslosen erscheinen die regulär Beschäftigten als privilegiert. Zugleich zeigen die Schilderungen der kommunal Beschäftigten, dass selbst reguläre Beschäftigung manchmal kein auskömmliches Einkommen einbringt. Die vorhandenen Spaltungslinien innerhalb der Communities, die sich am Beschäftigungsstatus festmachen, prägen auch die Perspektive der Beteiligten. Darüber hinaus besteht die größte Differenz weiterhin im Verhältnis zur Regierungspartei ANC, das einen wiederkehrenden Konfliktpunkt in Diskussionen zwischen Gewerkschaft und sozialen Bewegungen darstellt. Während die Aktivist_innen aus den Communities dem ANC sehr kritisch gegenüberstehen und die zahlreichen gebrochenen Versprechen thematisieren, fällt die Reaktion der *Shop Stewards* ambivalenter aus und changiert zwischen Verteidigung, Defensive und Ernüchterung. Während sich einige *Shop Stewards* mit dem ANC identifizieren und die bestehende Dreierallianz verteidigen, überwiegen vielfach Ernüchterung und begrenzte Erwartungen an den eigenen Allianzpartner. Eine Alternative zur Dreierallianz sehen die meisten *Shop Stewards* jedoch nicht oder halten sie nicht für realistisch. Für die Communities drückt sich in den Diskussionen um die Parteienbindung der Gewerkschaften auch eine angesichts der Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Anti-Privatisierungsforen nachvollziehbare Besorgnis über SAMWUs Loyalitäten im Konfliktfall aus.

Fazit

Die an Privatisierung und Outsourcing orientierte Politik der Stadt verschärft die Unsicherheit sowohl am Arbeitsplatz als auch in den Communities. Die EPWP-Arbeiter_innen sind ein Beispiel dafür, dass der Kampf gegen Exklusion in den Sphären der Produktion und Reproduktion eng miteinander verbunden ist (vgl. auch Çeliks (2010) Studie zur Organisierung von Straßenhändler_innen). Der

Rückgriff auf das EPWP stellt für die Betroffenen Teil einer Überlebensstrategie dar, ist jedoch nicht geeignet, die mit der Marginalisierung einhergehenden Unsicherheiten aufzubrechen. Die Stadt setzt entsprechend darauf, „dass die Menschen irgendwie zurechtgekommen, dass sie überleben, dass sie sich nicht beschweren“ [2]

SAMWUs Kritik des EPWP ist einerseits eng mit Fragen von Gerechtigkeit und andererseits mit dem Anspruch der Beschäftigten, einen guten öffentlichen Dienst zu erbringen zu wollen, verbunden.

Zugleich gefährdet die voranschreitende Prekarisierung die Organisationsmacht von SAMWU, womit folglich ein starkes Eigeninteresse der Gewerkschaft daran besteht, diese Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen. Das EPWP stellt ein zentrales Motiv für die intensiviertere Beteiligung der *Shop Stewards* an der Bildung von Allianzen mit den sozialen Bewegungen in den Communities dar. Diese Zusammenarbeit wirkt Spaltungs- und Entsolidarisierungstendenzen entgegen, stärkt die Mobilisierungsfähigkeit, aber vielleicht sogar noch entscheidender untermauert sie die Legitimation für die gewerkschaftlichen Forderungen. Chun (2009) zufolge können Gewerkschaften symbolische Macht nutzen, um in der Öffentlichkeit Anerkennung und Legitimation für ihre Kämpfe zu gewinnen. Die Entwicklung eines Stadtentwicklungsplan „von unten“ und die Ausrichtung der gewerkschaftlichen Forderungen am Bedarf der marginalisierten Communities stellt einen bisher neuen Ansatz dar, der ebenfalls dazu beitragen kann, die symbolische Macht von SAMWU und der Communities in der Auseinandersetzung mit der Stadtregierung zu erhöhen.

Die Anliegen, die von SAMWU in Kapstadt aufgegriffen werden, gehen folglich über unmittelbare Arbeitsplatzinteressen hinaus. Zugleich bleiben sie eng mit den gewerkschaftlichen Interessen und Kämpfen gegen die Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen in den Kommunen verknüpft. In diesem Sinne scheint die Verbindung der „beiden Gesichter“ der Gewerkschaftsbewegung zu gelingen, was Webster (1988: 195) als Voraussetzung für *Social Movement Unionism* ansieht.

Dabei stellen die „Grundsätze“ (Barchisie 2007: 52) und die Tradition der Gewerkschaft eine zentrale Voraussetzung für die Zusammenarbeit dar: SAMWU hat sich in der Vergangenheit als grundsätzlich offener gegenüber der Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen gezeigt und deutlicher gegen GEAR und die damit einhergehende Privatisierungspolitik positioniert als die meisten *COSATU-Mitgliedsgewerkschaften* (vgl. Lier 2007: 43). *Bei den politisch aktiven EPWP-Arbeiter_innen genießt SAMWU zudem den Ruf einer in Kämpfen erfahrenen Gewerkschaft.* [5]

Die Erfahrungen in der Zusammenarbeit sowohl mit den Anti-Privatisierungsforen als auch gegenwärtig mit den sozialen Bewegungen in Kapstadt wei-

sen jedoch auch auf die Fragilität der Bündnisse zwischen Communities und Gewerkschaft hin. Als deutliches Hemmnis für eine anhaltende Bündnispolitik erweist sich die enge Anbindung der COSATU-Gewerkschaften an den regierenden ANC. Zur Instabilität trägt ebenfalls bei, dass es für die aus Protesten in den Communities hervorgegangenen sozialen Bewegungen sehr schwierig ist, eine Organisation aufrechtzuerhalten. Nur wenige *Service Delivery Proteste* hätten zu einer anhaltenden Organisierung geführt, was aus der Perspektive der Gewerkschaften eine Bündnispolitik erschwert. [6].

Die Zusammenarbeit bleibt folglich von kontingenten Faktoren abhängig und voraussetzungsvoll, was intensive Bemühungen und Lernprozesse aller Beteiligten voraussetzt, und sie muss sich nicht zuletzt in konkreten politischen Auseinandersetzungen erweisen. Eine Stärke des erneuten Versuchs in Kapstadt, gewerkschaftliche und soziale Kämpfe zu verbinden, besteht darin, dass dieser von unten, sprich auf der Gewerkschaftsseite primär von den *Shop Stewards* getragen wird. Die bisherige Erfahrung der Zusammenarbeit von SAMWU und sozialen Bewegungen in Kapstadt zeigt jedoch auch, dass gerade die Umsetzung von gemeinsamen Interessen in eine politische Praxis die größte Herausforderung darstellt (vgl. Lier 2007: 51). Auch für Bündnisse zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gilt folglich, dass „ein Fundament und eine Basis“ aufgebaut werden muss und es in diesem Prozess „keinen schnellen Erfolg und keine Abkürzungen“ gibt. [2]

Interviews

- [1] ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär SAMWU, 8.8.2012
- [2] Vertreter *International Labour Research and Information Group* (ILRIG), 24.7.2012
- [3] Gruppendiskussion SAMWU Shop Stewards, Kapstadt 30.10.2012
- [4] Gewerkschaftsvertreter SAMWU, Kapstadt, 12.11.2012
- [5] Gruppengespräch EPWP Arbeiter, Kapstadt 7.11.2012
- [6] Gewerkschaftsvertreter SAMWU, Johannesburg 13.8.2012

Literatur

- Ambacher, Jens Erik/Khan, Romin (Hrsg.) (2010): *Südafrika. Die Grenzen der Befreiung*, Berlin/Hamburg.
- Alexander, Peter (2012): A massive rebellion of the poor, in: *Mail & Guardian*, 13.4.2012, <http://mg.co.za/article/2012-04-13-a-massive-rebellion-of-the-poor>, 15.12.2012.
- Alexander, Peter/Lekgowa, Thapelo/Mmope, Botsang/Sinwell, Luke/Xezwi, Bongani (2012): *Marikana. A view from the mountain and a case to answer*, Auckland Park.
- Ballard, Richard/Habib, Adam/Valodia, Imraan/Zuern, Elke (2006): Introduction: From Anti-Apartheid to Post-Apartheid Social Movements, in: Ballard, Richard/Habib, Adam/Valodia, Imraan (Hrsg.), *Voices of Protest. Social Movements in Post-Apartheid South Africa*, Scottsville, 1-22.

- Barchisie, Franco (2007): Privatization and the Historical Trajectory of „Social Movement Unionism“: A Case Study of Municipal Workers in Johannesburg, South Africa, in: *International Labor and Working Class History*, Nr. 71, 50-69.
- Barchisie, Franco/Kenny, Bridget (2008): *Precarious Collaborations. Working-Class Subjectivities, Community Activism, and the Problem with “Social Movement Unionism” in Late-Apartheid East Rand (South Africa)*, http://works.bepress.com/franco_barchiesi/28, 15.12.2012.
- Brinkmann, Ulrich et al. (2008): *Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms*, Wiesbaden.
- Bond, Patrick (2011): Limits to Class Apartheid, in: Maharaj, Brij/Desai, Ashwin/Bond, Patrick (Hrsg.), *Zuma's Own Goal. Losing South Africa's 'War on Poverty'*, Trenton, 59-69.
- Buhlungu, Sakhela (2010): *A Paradox of Victory. COSATU and the Democratic Transformation in South Africa*, Scottsville.
- Çelik, Ercüment (2010): *Street Traders: A Bridge Between Trade Unions and Social Movements in Contemporary South Africa*, Baden-Baden.
- Chun, Jennifer Jihye (2009): *Organizing at the margins. The symbolic politics of labor in South Korea and the United States*, Cornell.
- City of Cape Town (2012): *Five Year Plan for Cape Town 2012 – 2017. Integrated Development Plan (IDP), 2012/2013 Review*, Cape Town, http://www.capetown.gov.za/en/IDP/Documents/T4IB03575_A4_IDP12_final.pdf, 15.12.2012.
- Department of Public Works (2012): *Welcome to the Expanded Public Works Programme (EPWP): Phase 2*, <http://www.epwp.gov.za/>, 15.12.2012.
- DoL (Department of Labour) (2011): *Annual Industrial Action Report 2010*, Pretoria.
- Desai, Ashwin (2002): *We are the Poors. Community Struggles in Post-Apartheid South Africa*, New York.
- Haug, Christoph (2008): Die 'Politik der Armen' als Beitrag zur Entwicklung einer Theorie demokratischer Gerechtigkeit im Kontext 'globaler Apartheid', in: Haug, Christoph/Maier, Rudi/Schröder, Berit (Hrsg.), *Kampf um Teilhabe. Akteure – Orte – Strategien*, Hamburg, 112-125.
- Hentz, James Jude (2000): The two faces of privatisation: political and economic logics in transitional South Africa, in: *The Journal of Modern African Studies*, 38. Jg., Nr. 2, 203-223.
- Hyman, Richard (2001): *Understanding European Trade Unionism. Between Market, Class and Society*, London.
- Lier, David Christoffer (2007): Overcoming Difference, Confronting Hegemony: the Unruly Alliances of Social Movement Unionism in Cape Town, in: *Politikon. South African Journal of Political Studies*, 34. Jg., Nr. 1, 35-52.
- Lier, David Christoffer/Stokke, Kristian (2006): Maximum Working Class Unity? Challenges to Local Social Movement Unionism in Cape Town, in: *Antipode*, Nr. 38, 802-824.
- Ludwig, Carmen (2011): Das Land gehört den Menschen. Die Regierung von Kapstadt missachtet die Rechte der Armen, in: *analyse & kritik*, Nr. 564, S. 19.
- SAMWU (2012): *Secretariat Report to the 10th National Congress*, 7.-10. August 2012 in Mangaung.
- (1989): *Privatisation*, Resolution adopted at the 2nd National Congress 1989.
- SAMWU/Housing Assembly (2012): *Joint Submission by The South African Municipal Worker's Union and the Housing Assembly on Engaging the City of Cape Town's Draft Integrated Development Plan (IDP)*, 30 April 2012.
- (2012a): *SAMWU/Housing Assembly memorandum of demands to the City of Cape Town Council in respect of Service delivery demands and the City's Extended Public Works Programme (EPWP)*, 5. Juli 2012.
- Statistics South Africa (2012): *Quarterly Labour Force Survey*, Quarter 1/2012, Pretoria.
- Theron, Jan (2005): Employment is not what it used to be: The Nature and Impact of Work Restructuring in South Africa, in: von Holdt, Karl/Webster, Edward (Hrsg.), *Beyond the Apartheid Workplace. Studies in Transition*, Scottsville, S. 293-316.

- Wainwright, Hilary (2012): Transformative resistance: The role of labour and trade unions in alternatives to privatisation, in: McDonald David A./Ruiters, Greg (Hrsg.), *Alternatives to privatisation. Public options for essential services in the Global South*, Cape Town, 71-98.
- Webster, Edward (1988): The Rise of Social-movement Unionism: The Two Faces of the Black Trade Union Movement in South Africa, in: Frankel, Philip/Pines, Noam/Swilling, Mark (Hrsg.), *State, Resistance and change in South Africa*, London/New York/Sydney, 174-196.
- Webster, Edward/Lambert, Robert/Bezuidenhout, Andries (2008): *Grounding Globalization: Labour in the Age of Insecurity*, Oxford, Cambridge.
- Xali, Mthetho (2006): Seeking Trade Union and Community Organization Linkages in the Cape Town Metropolitan Area. Possibilities for New Trade Unionism and New Social Movements, in: *Journal of Asian and African Studies*, 4. Jg., Nr. 1/2, 123-147.
- (2002): “They are Killing us Alive”. A Case Study of the Impact of Cost Recovery on Service Provision in Makhaza Section, Khayelitsha, in: McDonald, David A./Pape, John (Hrsg.): *Cost Recovery and the Crisis of Service Delivery in South Africa*, London, New York, 101-119.

50 Ausgaben Lotta –
Antifaschistische Zeitung aus NRW,
Rheinland-Pfalz und Hessen



LOTTA #50 | Schwerpunkt

**20 Jahre Solinger Brandanschlag –
20 Jahre Abschaffung des
Grundrechts auf Asyl**

Außerdem: Die „Identitäre Bewegung“ erklärt den Krieg |
Interview über den Refugee-Strike | Antifaschistische Medien

Mit 16-seitiger Sonderbeilage zur #50



Schwerpunkt
**Staatliche Repression
gegen die extreme
Rechte**

Außerdem: Kontroverse um
den Hindenburgplatz in
Münster | Der Front National
(FN) nach den Wahlen |
Ludwigshafen – Großstadt
mit Neonazi-Problem

LOTTA #49



Schwerpunkt
„Graue Wölfe“
Extrem rechte Erscheinungs-
formen in türkischstämmigen
Communities

Außerdem: Antifeminismus in
Bewegung | Flügelstreit in
der Deutschen Burschens-
schaft | Antagonismus in
Nord-Ischechien | Interview:
Antifa-Camp Dortmund

LOTTA #48



Schwerpunkt
Spießige Rebellen
Die Grauzone: Schnittstelle
zu extrem rechten
Lebenswelten

Außerdem: Kontinuität und
Paradoxien des NSU-Terrors |
Staatsanwaltschaft Koblenz
vs. „Aktionsbüro Mittelrhein“
| Norwegen und Dänemark
nach dem Breivik-Massaker

LOTTA #47